



Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung Februar 2022

TOP 1

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im Februar die Möglichkeit, sich mit ihren Fragen direkt an die Ministerinnen und Minister der Landesregierung zu wenden.

TOP 2

Die Klimakrise schreite immer weiter voran und Sachsen-Anhalt leide besonders unter der wachsenden Trockenheit, konstatiert die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Wasserrückhaltung in der Fläche sollte dementsprechend ein Ziel mit höchster Priorität in der Gewässerunterhaltung werden. Daher soll die Landesregierung beauftragt werden, dem Landtag bis zum 30. Juni 2022 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Änderung von § 52 des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt beinhaltet.

TOP 3

Den Fraktionen von CDU, SPD und FDP schwebt vor, den Schulen in Sachsen-Anhalt zusätzliche Freiräume in der konzeptionellen Unterrichtsplanung und -durchführung geben, damit das Personal an den Schulen durch neue Formen der Unterrichtsorganisation bestmöglich eingesetzt werden könne. Die Landesregierung soll gebeten werden, begleitet durch das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung neue Unterrichtsorganisationsmodelle an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen zu erproben.

TOP 4(a+b)

(a) Die AfD-Fraktion spricht sich in ihrem Antrag dafür aus, dass die Landesregierung jegliche „Bewerbung, Erleichterung, Organisation und Bedarfsabfrage sowie jedwedes Angebot oder Nahelegen der SARS-CoV-2-Impfungen Minderjähriger an Schulen“ sofort einstellen solle. Nutzen und Risiken der Impfungen bei Minderjährigen seien bislang noch nicht ausreichend erforscht, so die Fraktion.

(b) Mit einem neuerlichen Antrag bekräftigt die AfD-Fraktion ihre Forderung, dass Impfungen gegen COVID-19 weiterhin nur aus freien Stücken erfolgen dürften. Die Landesregierung soll daneben aufgefordert werden, sich für das Aussetzen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht einzusetzen und im Bundesrat Gesetzentwürfe und Rechtsverordnungen zur Einführung einer allgemeinen COVID-19-Impfpflicht abzulehnen.

TOP 5

Die Pandemiapolitik dürfe nicht nur auf gegenwärtige Umstände reagieren, sondern müsse nunmehr die Folgen von COVID-19-Infektionen und die Behandlung von Folgeerkrankungen in den Blick nehmen, befindet die Fraktion DIE LINKE. So soll die Landesregierung unter anderem aufgefordert werden, für Betroffene sofort Informationsangebote für Long-COVID- und Post-COVID-Erkrankungen zu initiieren. Eine Webseite solle unter anderem Begriffserklärungen, medizinische Angebote von Haus- und Facharzt/innen, auf COVID spezialisierte Reha-Einrichtungen und Selbsthilfegruppen anbieten.

TOP 6

Aus den Verlautbarungen des Bildungsministeriums im August 2021 zu einem Ausbau der Schulsozialarbeitsstellen sei ein desaströser Abbauvorgang geworden, befindet die Fraktion DIE LINKE. Zur Verfügung stehende ESF-Mittel seien in andere Bereiche abgefließen. Aus diesem Grund hat die Fraktion eine Aktuelle Debatte zum Thema Schulsozialarbeit beantragt.

TOP 7

Zur Eindämmung der SARS-CoV-2-Pandemie sei weiterhin und unter besonderer Würdigung der aktuellen Lage der Verzicht auf Präsenzsitzungen bei Personalvertretungen notwendig, meint die Landesregierung und brachte im Dezember-Plenum einen entsprechenden Gesetzentwurf ein. Nach Beratung empfiehlt der Ausschuss für Finanzen, den Antrag in anliegender Form anzunehmen.

TOP 8

Die Änderungen durch den Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag betreffen den Medienstaatsvertrag sowie den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag. Durch Artikel 1 werden im Medienstaatsvertrag beispielsweise die Vorgaben für barrierefreie Medienangebote konkretisiert und Pflichten für die Anbieter ausgeweitet. Der Gesetzentwurf wird durch die Landesregierung eingebracht.

TOP 9

Mit der Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt werden die Befugnisse der Polizei zur Erhebung von Teledaten, zur Erhebung von Telekommunikationsinhalten und -umständen, zur Ermittlung des Standorts gefährdeter Personen und zur Unterbrechung und Verhinderung von Kommunikationsverbindungen an die Regelungen des novellierten Telekommunikationsgesetzes und des neuen Telekommunikations-Telemedien-Datenschutz-Gesetzes angepasst. Die vorgesehenen Änderungen führen nicht zu einer Erweiterung der Befugnisse der Polizei oder des Verfassungsschutzes.

TOP 10(a–d)

(a+b) Im November-Plenum 2021 hatten die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils einen eigenen Antrag mit dem Ziel eingebracht, die Impfquote und das Impftempo in Sachsen-Anhalt zu erhöhen. Beide Anträge wurden seinerzeit zur Beratung in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung überwiesen. Dieser empfiehlt dem Landtag nun, beide Anträge abzulehnen.

(c) Kinder und Jugendliche litten im Zuge der Corona-Pandemie in besonderer Art und Weise an den gesundheitlichen Auswirkungen. Besonders relevant sei eine stärkere Fokussierung der Thematik „psychische Gesundheit“. Ein Online-Angebot mit Informationen rund um die psychischen Belastungen von jungen Menschen (inklusive Anlaufstellen für Beratung) solle geschaffen werden.

(d) Wegen der Ungewissheit und der vermuteten Bedrohungen durch das COVID-19-Virus seien weitreichende Maßnahmen durch die Landesregierung angeordnet und durchgesetzt worden. Die herangezogenen Kriterien hätten sich seither grundlegend geändert, so die AfD-Fraktion. Sie will per Antrag die Landesregierung aufgefordert wissen, die von ihr aufgrund des Infektionsschutzgesetzes erlassene Rechtsverordnung und Allgemeinverfügungen zur Eindämmung der „COVID-19-Pandemie“ aufzuheben.

TOP 11

Der Ausschuss für Petitionen empfiehlt dem Landtag, die in den Anlagen 1 bis 14 aufgeführten Petitionen mit Bescheid an die Petenten für erledigt zu erklären.

TOP 12

In der 7. Legislaturperiode sei der Schafbestand von 74 600 (2016) auf 57 800 Schafe gefallen und erreiche nun einen historischen Tiefstand, moniert die AfD-Fraktion. Bisherige Landtagsbeschlüsse für die Entwicklung, Förderung und Stabilität der Schafhaltung in Sachsen-Anhalt seien wirkungslos geblieben. In ihrem Antrag fordert die AfD, entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen, um eine ausreichend finanzierte und auskömmliche Weidetierprämie auszahlen zu können und eine verbindliche Konzeption für den Erhalt und Ausbau einer stabilen und konkurrenzfähigen Weidetierhaltung umzusetzen.

TOP 13

Kunst als einziges Fach im Lehramtsstudium zu erlauben, sei eine sinnvolle Maßnahme, um den Lehrermangel in diesem Bereich zu bekämpfen, zeigt sich die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überzeugt und legt einen entsprechenden Antrag vor. Zudem solle die Landesregierung prüfen, ob diese Maßnahme auch auf weitere Fächer wie Musik oder Sport übertragbar wäre.

TOP 14

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, den Wolf in die Liste der jagdbaren Tierarten des Landes Sachsen-Anhalt aufzunehmen. Zudem soll es unmittelbar zur „Entnahme des Wolfsrudens GW688m und des Rudels, das ihm zugeordnet werden kann“ kommen. Hintergrund des Antrags sei laut AfD die gewachsene Zahl der Rudel bzw. Einzeltiere und eine Zunahme der Nutztierrisse.

TOP 15

Die AfD-Fraktion zweifelt an, dass die in Sachsen-Anhalt an Wehren und Wasserkraftanlagen errichteten Fischauf- und Fischabstiegsanlagen eine vollumfängliche Funktionsfähigkeit besitzen. Laut Antrag soll die Landesregierung eine Überprüfung der Anlagen in die Wege leiten. Alle energiewirtschaftlichen Anlagen in Gewässern sollen zudem dahingehend kontrolliert werden, inwieweit von diesen eine Gefahr und Schädigung für Wasserorganismen ausgehe.

TOP 16

Auf Antrag der AfD-Fraktion soll die Landesregierung aufgefordert werden, ein „Remigrationsprogramm“ für ausgewanderte deutsche Fachkräfte aufzulegen. Die Maßnahme solle dazu dienen, in den kommenden Jahren etwaige Engpässe am sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt mit vordem ausgewanderten deutschen Fachkräften auszugleichen.

TOP 17(a+b)

(a) Die AfD-Fraktion schätzt die Energiewende als Planwirtschaft und zum Scheitern verurteilt ein. Dies führe zu immer neuen Kostenexplosionen im Energiesektor. Mithilfe eines Antrags soll die Landesregierung aufgefordert werden, sich im Bundesrat für eine schnellstmögliche Abschaffung der CO₂-Steuer und die ersatzlose Streichung der EEG-Umlage einzusetzen.

(b) Derzeit litten viele Verbraucherinnen und Verbraucher unter hohen Energie- und damit auch Lebenshaltungspreisen. Die Inflationsrate liege so hoch wie seit 1993 nicht mehr, konstatiert die Fraktion DIE LINKE. Die Teuerungen stellten auch Unternehmen in Sachsen-

Anhalt vor massive Probleme. Die antragstellende Fraktion spricht sich für Sofortmaßnahmen (finanzielle Unterstützung von sozial Schwächeren) und insgesamt für eine sozial gerecht gestaltete Energiewende aus.

TOP 18

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will sich mit einem Antrag für die Bewahrung und Sicherung von Baudenkmalen einsetzen, insbesondere wenn sie sich im Eigentum des Landes befinden. Der nachhaltige Umgang mit den uns überlieferten Kulturdenkmalen und deren Erhalt für die nächsten Generation müssten sichergestellt werden, so die Grünen. Im konkreten Fall geht es um den im Rahmen von Sanierungsarbeiten geplanten Abriss von Haus 5 der Polizeiinspektion Magdeburg.

TOP 19

Vor dem Hintergrund des Konflikts in der Ukraine soll sich die Landesregierung auf Antrag der AfD-Fraktion für eine friedenssichernde Politik einsetzen und darauf hinwirken, dass es zu einer entschlossenen und methodischen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen im Rahmen der Gespräche im Normandie-Format komme. Zudem soll ein umfassender und innovativer Dialog gewährleistet werden, der neue Garantien und eine gemeinsame Basis für die Sicherheitsstabilität in Europa ermögliche.

TOP 20

Die Altersstruktur der Zahnärzt/innen und Kieferorthpäd/innen im Land zeige, dass in den nächsten zehn Jahren die Hälfte der Zahnmediziner/innen das Rentenalter erreiche, konstatiert die Fraktion DIE LINKE. Um einem Nachwuchsmangel entgegenzutreten sollen laut Antrag ab dem Wintersemester 2023/2024 dauerhaft 20 zusätzliche Studienplätze im Fach Zahnmedizin eingerichtet und durch das Land finanziert werden. Zudem sollen Möglichkeiten der zentralen und dezentralen zahnmedizinischen Versorgung geprüft werden.

TOP 21

Anfang Dezember 2021 hatten Bund und Länder beschlossen, dass nur noch Geimpften und Genesene der Zutritt zum Einzelhandel und zur Gastronomie gewährt werde. Vonseiten der politischen Entscheidungsträger sei dieser Schritt mit den steigenden Corona-Zahlen begründet worden, erklärt die AfD-Fraktion. Nun fordert sie in einem Antrag, dass die Landesregierung mit sofortiger Wirkung die aktuell geltende 2G-Regelung in Handel und Gastronomie aufhebe.

TOP 22

Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Verbraucherschutz empfiehlt dem Landtag (Drucksachen 8/723 und 8/736), zu zwei Verfassungsstreitsachen keine Stellungnahme abzugeben.

TOP 23(a+b)

(a) In Anbetracht der aktuellen kritischen Lage wird Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff eine Regierungserklärung zum Thema „Zur Lage in der Ukraine“ abhalten. Im Anschluss haben die Fraktionen die Möglichkeit, zum Gesagten Stellung zu beziehen und eigene Aspekte in die Diskussion einzubringen.

(b) Die Fraktionen von CDU, DIE LINKE, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringen einen gemeinsamen Antrag ein, durch den deutlich gemacht werden soll, dass der Landtag von Sachsen-Anhalt den Völkerrechtsbruch seitens Russlands verurteile und der Angriffskrieg gegen die Ukraine durch nichts zu rechtfertigen sei. Der Landtag erkläre seine

Solidarität mit der Ukraine und stehe an der Seite der Menschen, die durch diesen Krieg bedroht würden. Die Bundesregierung, die EU und die UN sollen aufgefordert werden, alles zu tun, um den Krieg zu stoppen und einen Flächenbrand in Europa zu verhindern.